

EDITORIAL

Die komfortable Mehrheit der Berliner „Großen Koalition“ erlaubt beim so genannten „Wettbewerbsstärkungsgesetz“ (WSG) auch zahlreichen Fachpolitikern aus den eigenen Reihen den politischen Komfort des Nein. Wer sich im Gesundheitsausschuss von Wehrexpertern vertreten lassen muss, mag die Wirrnisse des WSG tiefer ergründet haben als es die dazu berufene Opposition könnte. Aber wandte sich auch der ganze Gesundheitsausschuss mit Grauen von diesem Spitzengesprächsmachwerk ab, reichte es im Plenum glatt. Und jenseits des zweifelhaften Nachweises politischer Handlungsfähigkeit bleibt ja die Versicherung, dass Ganze nicht wirklich realisieren zu müssen: Während sich die Polit-Darsteller noch auf die Schultern klopfen greift die Notfall-Regie: Vor der nächsten Bundestagswahl wird der Termin des ungetümlichen Gesundheitsfonds unter Berufung auf allfällige Zeitprobleme beim ebenso ungetümlichen Morbiditätsausgleich schlicht verschoben – und danach mag es andere Mehrheiten für Bürgerversicherung oder Kopfprämien geben. Die öffentlichen Nein-Sager werden in der Baracke gleichwohl nicht vergessen. Vielleicht erleben wir Karlchen Überall bald im Verkehrsausschuss zu Fragen der „mobilen Gerechtigkeit“.

Das brauchten die Auguren nicht zynisch zu nennen, wenn das WSG ansonsten etwas Nutzlast zu bieten hätte. Das bisschen Abrakadabra um Fonds kann man ertragen, wenn die Bühne stehen bleibt. Aber das WSG plant die nächsten Beitragssatzsteigerungen der Krankenkassen gleich ein. Es verhindert Wettbewerb, den es zu stärken vorgibt. Es schafft neue Ausgabenrisiken, insbesondere in der ambulanten ärztlichen Versorgung, die noch einmal für massive Beitragssatzsteigerungen sorgen werden, und geht an die strukturellen Fragen nicht heran. Vehement aber macht sich Ulla Schmidt für die ambulante Badekur stark, man fasst es nicht: Viel Lärm und politisches Pharisäertum um höhere Beiträge als unvermeidlich in die Welt zu setzen.

Die niedergelassenen Ärzte geben seit Jahren den klagen den Jakob. Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Köhler, ließ zuletzt dem Leiter seines eigenen Forschungsinstitutes den Mund verbieten, als der Analysen des Statistischen Bundesamtes kommentierte, um die ärztliche Einkommensentwicklung stehe es gar nicht schlecht. Dann wolle er lieber geeignete Wissenschaftlicher beschäftigen, so Köhler. Denn der Lohn der Hungerpose – und sei es mit gemieteten Demonstranten – soll ja nicht gefährdet werden. Und da ist die Politik empfindlich. Angesichts der öffentlichen Qual der Gesundheitsreform wollen die großen Parteien vor der nächsten Bundestagswahl keine protestierenden Ärzte auf der Straße sehen. Aber genau damit droht Köhler, der die Erwartungen seiner Mitglieder nach dem Erfolg des Marburger Bundes in der letzten Krankenhaustarif-Runde kennt. In buligen Posen ruft er rechtzeitig sein rabiates Potential ab.

Und tatsächlich stach die ärztliche Lobby bei den letzten Änderungsanträgen des WSG mit der Finte durch, die Abrechnungspositionen, die mit den heutigen Praxisbudgets als medizinisch obsolet und unwirtschaftlich nicht entgolten werden, müssten in den Honorarsockel der „Euro-Gebührenordnung“ eingehen. Das kann die Bundesregierung nicht offen ins Gesetz schreiben: Aber alle Ventile der WSG-Honorarordnung sind auf maximalen Durchlauf gestellt. Die KBV, das Ohr immer am Euro, kann auf gut 5 Milliarden Euro mehr an Honorar hoffen. Und in dieser Größenordnung liegt aus ihrer Sicht allein der Nachholebedarf. Verschämt wird man die Honorare nicht einstecken – und bessere Medizin gibt es dafür noch lange nicht.

A llein der Nachschlag in letzter Minute für die KBV verdoppelt die bereits politisch geplanten Beitragssatzsteigerungen auf als mehr als einen Punkt. Den politischen Deppen dafür werden die Krankenkassen abgeben dürfen. Bei denen steht mit dem Spaltenverband Bund (SpiBu) bald ein neuer Spitzbube in Berlin bei Hofe bereit.

Karl-Heinz Schönbach

